

Wir sind so HELLE



ALWARA THALER, 37 engagiert sich bei „Kreuzberg hilft“

Spenden verteilen

„Es gibt ein helles Deutschland, das leuchtend darstellt“, sagt Bundespräsident Joachim Gauck über die Helfer, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Auch in Berlin geben viele Freiwillige ihr Bestes. Wir stellen täglich ein Beispiel vor, aufgezeichnet von Sophie Aschenbrenner.

Ich bin Filmschaffende, im Sommer habe ich in Babelsberg an einem Film gearbeitet. Am Ende des Drehs hatten wir noch das ganze Lager voll mit Sachen, die niemand mehr verwenden würde. Als ich gesehen habe, wie schlecht es den Menschen vorm Lageso geht, habe ich das Auto vollgepackt und Essen und Getränke hingefahren. Plötzlich stand ich inmitten von Leuten, die auf mein Auto zugestimmt sind. Das war für mich ein einschneidendes Erlebnis. Im Lager hatten wir unter anderem noch kleine Tischlampen und Hygienematerial. Diese Sachen habe ich an verschiedene Einrichtungen verteilt, zum Beispiel habe ich in die Kirche am Südern Betten gebracht. Zurück in Berlin, hatte ich jeden Tag ein schlechtes Gefühl, wollte wieder zum Lageso fahren und hatte gleichzeitig Angst. Als ich auf Facebook den Aufruf von „Kreuzberg hilft“ gesehen habe, bin ich hingegangen. Es war toll, weil ich sofort gemerkt habe, dass ich richtig anpacken konnte. Durch die Filmarbeit bin ich es gewohnt, in Stresssituationen schnell Lösungen zu finden. Jetzt sind jeden Tag sechs oder sieben freiwillige Sortierer da und ebenso viele Fahrer. Es funktioniert richtig gut, wir können jeden Tag sechs bis sieben verschiedene Einrichtungen anfahren. Das hat mich beflügelt und ich habe gemerkt, dass wir gemeinsam wirklich was bewegen können. In meinem Umfeld hat jeder etwas gespendet, auch Leute, die sonst nie etwas machen. Manchmal kommen Flüchtlinge vorbei, um sich selbst etwas auszusuchen, das finde ich schön. Dann haben wir eine habe Stunde komplett zu. Im Oktober beginnt jetzt mein nächstes Projekt – darin werde ich nicht mehr jeden Tag vor Ort sein können.

100 SIEMENS ORTE IN BERLIN



Wilhelm von Siemens Park Spandau

38 Dem „Gründer von Siemensstadt“ ist das Bronzerelief gewidmet, das unweit der Dillmannstraße einen von Buswerk umstandenen Findling zielt. Er findet sich am nördlichen Rand einer grünen Halbinsel, des Wilhelm-von-Siemens-Parks, der vom Stranbad Jungferheide bis zum Rohrdamm in die Wohnbebauung der Siemensstadt hineinragt. Der Namensgeber, 1855 als Sohn des Firmengründers geboren, war in den Jahren, als von 1899 an zwischen Charlottenburg und Spandau die neue Fabrikstadt aus dem Boden wuchs, an maßgeblicher Stelle in der Unternehmensführung tätig. Zu seinem Andenken wurde von 1947 bis 1952 ein Ausläufer der Jungferheide zu einem Waldpark für Bewohner der angrenzenden Siedlungen „Heimat“ und „Siemensstadt“ umgestaltet.

TAGESSPIEGEL.DE SCHICKEN SIE UNS IHR FOTO Wir zeigen Ihre Bilder aus Berlin Sie haben im Blick, was in der Stadt passiert? Dann machen Sie doch mit bei unseren Leserbild-Aktionen. In den vergangenen Tagen waren ja der Nachtimmel und die Sonnenuntergänge besonders schön – zu sehen in unserer Fotogalerie „Berlin bei Nacht“. Sie haben den Grund im Nachhinein? Dann sind wir gespannt auf Ihre Aufnahmen vom „Urbanen Gärtnern“. Einsendungen bitte an leserbilder@tagesspiegel.de. Die Fotogalerien stehen auf www.tagesspiegel.de/mediacenter

Nach dem Aus für die kontrollierte Cannabis-Abgabe herrscht Ratlosigkeit über den richtigen Umgang mit Drogenkriminalität

VON THOMAS LOY

Von Innensenator Frank Henkel (CDU) gab es die erwartete Breißeite: „Damit ist das Kreuzberger Drogenbiotop von Frau Herrmann schon im Ansatz gescheitert. Das ist gut so. Der Staat darf nicht zum Dealer werden.“ Unverhohlene Genugtuung auch von CDU-Fraktionschef Florian Graf. „Damit ist klar, dass die grünen Fantastereien der Bezirksbürgermeisterin Herrmann Illusionen bleiben.“

Das klingt fast wie 80er Jahre, als sich CDU und grün-alternative Liste noch spinnefiedel waren. Eine solide schwarz-grüne Antipathie. Vordergründig ging es um den vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte



Frank Henkel

abgelehnten Cannabis-Coffeeshop-Antrag des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, der am Montag öffentlich bekannt gemacht wurde. Dahinter schwebt der Dauerkonflikt um die aus Sicht der CDU völlig verfehlte Kreuzberger Politik gegenüber Drogenkonsumenten und illegalen Flüchtlingen. Die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann ist für Henkel und Graf schon lange nicht mehr tragbar. Rücktrittsforderungen wie nach dem Debakel um die von Flüchtlingen bezetzte Gerhart-Hauptmann-Schule blieben diesmal allerdings aus.

Die Bezirksbürgermeisterin trat am Montag aufgetaucht, aber wenig kampfeslustig vor die Presse. Die ideologische Mauer der alten Drogenverbotspolitik sei eben nicht durchfallen worden. Das Bundesinstitut für Arzneimittel habe vor allem formaljuristisch argumentiert und sich für nicht zuständig erklärt. Eine inhaltliche „Gesamtwürdigung des Antrags“ sei ausbleiben.

Die auf sechs Seiten formulierte Ablehnung des Antrags lässt sich auch anders deuten: Das Bundesinstitut geht durch aus inhaltliche Fragen ein, kritisiert vor allem einen Widerspruch, der schon bei der Antragsformulierung zweifelhaft auf den Plan gerufen hatte. Die geplante kontrollierte Abgabe geringer Cannabismengen sollte nur den erwachsenen Bewohnern des Bezirks offenstehen. Zu den häufigsten Konsumenten, die die Partymeile zwischen Görlitzer Park und RAW-Gelände bevölkern, zählen aber – auch nach eigener Einschätzung des Bezirksamts – vor allem Touristen aus anderen Bezirken, Bundesländern und dem Ausland. Auch ein Weiterverkauf sei nicht ausgeschlossen, erklärte das Institut. Zudem gehe von einer legalen Abgabe das falsche Signal aus, der Stoff sei vielleicht gar nicht so gesundheitsschädlich. Das Dilemma der Drogenpolitik wird zwischen den Zeilen deutlich: Ein Schwarzmarkt birgt viele Gefahren für die Konsumenten – schlechter Stoff, ein „Inflationsfeld“ – ein legalisierter Teilmarkt würde aber mit der Schwarzmarkt austrocknen noch die Langzeitfolgen der Sucht lindern.



Gelber Brief für die Grüne. Monika Herrmann, Bürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzbergs, darf in ihrem Bezirk keinen Versuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis starten.

Das Bundesinstitut verweist auf den Gesetzgeber. Der Bundestag könne das Betäubungsmittelgesetz ändern und damit die Voraussetzungen für Modellversuche schaffen. Auch Monika Herrmann setzt jetzt auf entsprechende Gesetzesnovellen der grünen Bundestagsfraktion. Ihr Cannabis-Experte, Horst-Dietrich Elvers von der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit im Bezirk, betonte, die Antwort aus dem Bonner Institut sei keine Niederlage – im Gegenteil.

Aufgeräumt, aber wenig kampfeslustig: Monika Herrmann nach der Absage

Der negative Bescheid werde die Debatte um eine Cannabis-Freigabe befördern. „Das Ziel ist in dieser Hinsicht erreicht“ Und wie geht es nun weiter zwischen Görlitzer Park und RAW-Gelände? Monika Herrmann erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf den Innensenator. „Der Görlitzer Park ist ein Synonym für die verfehlte Drogenpolitik des Lan-

des. Der Druck wird täglich größer, das was zu tun.“ Henkels „Null-Toleranz-Politik hat jedenfalls null Wirkung“, ergänzt der innenpolitische Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, Benedikt Lux.

Das sieht Henkels Sprecher Stefan Sukalet natürlich anders: Die Task-Force gegen den Drogenhandel an den Brennpunkten zwischen Hasenheide und RAW-Gelände habe zu „deutlich mehr Festnahmen“ und der Beschlagung von Drogengeldern geführt. Im Park hielten sich inzwischen weniger Händler auf. Natürlich gebe es eine Verdrängung in die Seitenstraßen, aber dort träfen die Händler nicht so einfach ihre Kunden wie im Park. „Das Problem ist damit nicht gelöst, aber der Druck auf die Dealer wurde erheblich erhöht.“ In Zahlen ausgedrückt: Im laufenden Jahr wurden laut Polizei bei 365 Razzien im Görlitzer Park 5000 Personen überprüft, 519 wurden festgenommen, in 84 Fällen gab es einen Haftbefehl. 39.000 Euro an Handelslösungen wurden beschlagnahmt.

Von der Landesdrogenbeauftragten Christina Köhler-Azara gibt es keinen Kommentar zum gescheiterten Coffeeshop-Modellversuch. Dafür von der Poli-

zeigewerkschaft: „Die Entscheidung wird bundesweite Signalwirkung haben und das ist gut so, denn der Staat darf nicht die Botschaft aussenden, der Konsum von Drogen sei nicht so schlimm.“ Gewerkschaftsführer Rainer Wendt fordert Herrmann auf, „das Problem Görlitzer Park endlich in den Griff zu bekommen.“

Die Bürgermeisterin kann den Bescheid anfechten – vier Wochen hat sie Zeit dafür

Was sie genau tun soll, lässt er offen. Der Bezirk ist vor allem für die Pflege der Grünfläche zuständig. Im Frühjahr wurden die Sträucher zurückgeschnitten und eine private Firma mit der täglichen Entmüllung beauftragt. Geplant ist außerdem, Toiletten aufzustellen und einen Parkmanager einzustellen.

Die SPD in Kreuzberg hatte den Coffeeshop-Antrag mitgetragen. Die Landes-SPD ist in dieser Frage uneins. Für eine neue Drogenpolitik tritt der SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg ein. „Wichtig

SPD-UMFRAGE

Legales Cannabis?



Jan Stöß

Die Berliner SPD startet Mitte Oktober eine Umfrage unter ihren 17.000 Mitgliedern, um zu erfahren, was die Parteibasis zu zentralen Wahlkampfthemen sagt. Der Katalog mit etwa zehn Fragen wird zum 27. September im nächsten Montag öffentlich vorgestellt. Eines der Themen ist die teilweise Legalisierung von Cannabis. Die SPD-Fraktion Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg hatten schon im Juni auf einem Landesparteitag eine „staatlich kontrollierte Produktion und Abgabe von Cannabisprodukten und deren legalen Besitz“ und gleichzeitig bessere Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch gefordert. Die Anträge wurden aber nicht abgestimmt. Stattdessen sollen sich jetzt die Mitglieder verbindlich zu einer möglichen Freigabe von Haschisch und Marihuana äußern. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) sprach sich schon dagegen aus, auch Parteichef Stöß ist skeptisch. In SPD-Kreisen wird damit gerechnet, dass sich auch die Mehrheit der Berliner Genossen gegen die Legalisierung von Cannabis ausspricht. Das entspricht der Meinung, die die Mehrheit der Berliner laut aktueller Umfrage zum Thema hat. Wie auch immer die Basisbefragung ausgeht: Das Ergebnis wird in das Wahlprogramm der Sozialdemokraten für 2016 aufgenommen. 29

Torin mit dem Trecker

Kampagne wirbt für Akzeptanz von Kindern mit Downsyndrom

Er ist uralt, knallrot, hat gelbe Räder und soll einen guten Zweck aus Südtirol nach Berlin transportieren: Die Rede ist von Torins Trecker, und Torin ist ein Junge mit Downsyndrom. Torin ist seine Familie mit ihm und Mitstreitern unterwegs, um in Italien, Österreich und Deutschland dafür zu werben, dass Kinder mit Trisomie 21 nicht abgetrieben werden. Die Kampagne wendet sich vor allem an Männer, denn Torins Vater, Cord Groß aus Prenzlauer Berg, hat die Erfahrung gemacht, dass häufig die Väter die Mütter zur Abtreibung drängen: „Das Kind oder ich“, heiße es dann. Dagegen will Groß kämpfen. Und zeigen, dass das Leben mit einem Downsyndrom-Kind keine Zummung sein muss, sondern viel eher Freude und Bereicherung ist.

Jürgen Vogel hat er bereits überzeugt. Der 47-jährige Schauspieler hat fünf Kinder zwischen 6 und 30 Jahren. Das jüngste geht in dieselbe Kita in Prenzlauer Berg wie der gleichaltrige Torin, daher kennen sich die Familien. „Viele Leute denken, dass Eltern unglücklich sind, wenn sie ein Kind mit Downsyndrom haben. Aber so muss es nicht sein“, sagt der Schauspieler, der sich für die von Groß angestoßene Kampagne „Väter sagen ja“ einsetzt. Er findet es falsch, dass den betroffenen Kindern „das Recht auf Leben“ abgesprochen werde, wenn die Trisomie pränatal im Mutterleib festgestellt wird und die Eltern sich daraufhin zur Abtreibung entschließen.

Das Torin und sein Sohn zusammen in der Kita sind, findet Vogel eine „super Sache“. Darum hat er auch nicht gezögert, als Torins Vater ihn fragte, ob er sich für die Kampagne einsetzen würde. Konkret bedeutet dies, dass der Schauspieler am Mittwochmittag mit Torin zum Eisenbahn- und Verkehrsamt in Berlin, Vorher will er noch das Euthanasie-Denkmal in Mitte besuchen.

Die Kampagne ist eine spontane Aktion: Vor drei Wochen habe er die Idee gehabt, erzählt Groß am Montag, als er sich aus Südtirol meldet. Er hat sich längerfristig von seiner Arbeit als Lehrer freistellen lassen. Seit Ende September pos-

tet Groß den Verlauf der Pläne und der Reise auf der eigens eingerichteten Facebook-Seite „Väter sagen ja“.

Außer seiner Frau und Torin ist eine weitere Mutter dabei sowie deren Tochter Mathilda, die ebenfalls das Downsyndrom hat. Torins Zwillingsschwester, die nicht von Trisomie 21 betroffen ist, wird von den Großeltern betreut. Bis ihre Familie am Mittwoch in Berlin eintrudelt: Der Trecker wird unterwegs einige hundert Kilometer auf einem Laster zurücklegen, aber dann fährt er auf seinen eigenen alten gelben Rädern zum Brandenburger Tor – wenn alles nach Plan geht.

SUSANNE VIETH-ENTUS



Prominenter Pate. Jürgen Vogel mit dem sechsjährigen Torin. Der Schauspieler unterstützt die Aktion von Torins Vater gegen die Abtreibung von Kindern mit Trisomie 21. Foto: Promo

Henkel spricht von Terror

Polizei soll härter gegen Linksextremisten vorgehen

Innensenator Frank Henkel hat die Polizei angewiesen, härter gegen die linksextremistische Szene im Friedrichshainer Kiez um Rigaer Straße und Liebigstraße vorzugehen. Polizeipräsident Klaus Kamdt hat deshalb in der vergangenen Woche bei einem Treffen mit den Chefs des Landeskrimimaltes und der zuständigen Direktion 5 mehrere Maßnahmen vereinbart: Einige sollen bereits umgesetzt worden sein, andere sollen folgen. Details wurden nicht genannt. Dem Vernehmen nach will die Polizei die internen Abläufe straffen, um schneller reagieren zu können. Seit Monaten werden vor allem in der Rigaer Straße Polizisten von Dächern aus mit Steinen beworfen. Teilweise wurden dazu vorher falsche Notrufe abgesetzt, um die Beamten in die Falle zu locken oder es wurden Müllcontainer auf der Straße angezündet.

„Dieser Terror ist eine Kampfansage an den Rechtsstaat, an unsere ganze Stadt“, sagte Henkel dem Tagesspiegel. „Es ist in keiner Weise zu akzeptieren, wie einige Schwerestrafkriminalfälle ihre Gewaltfantasien ausleben.“ Es sei „krank und menschenverachtend“, wenn Beamte mit Gehwehrlappen bedroht werden. Da es in der Straße mehrere sogenannte Szenobjekte gibt, haben die Täter Zugang zu den Dächern des Viertels. In der Regel sind sie verummumt, Festnahmen hat es bislang nicht gegeben. Henkel kündigte an, dass die hohe Polizeipräsenz in dem Gebiet

fortgesetzt wird. Die vom SPD-Abgeordneten Tom Schreiber geforderte Sonderkommission Rigaer Straße soll nicht gebildet werden.

Offen blieb, ob die Polizei zu technischen Mitteln greifen wird. Bekanntlich musste das Präsidium im Jahr 2011 fünf Videokameras abbauen, nachdem die Überwachung von Anwohnern entdeckt worden war. Im Innenausschuss hatte die Opposition und der Berliner Datenschutzbeauftragte die Überwachung als rechtswidrig scharf kritisiert. Innensenator Henkel hatte sie dagegen als notwendig bezeichnet. Im Prinzip war die Lage damals ähnlich wie heute: 2011 waren die Kameras mit „zahlreichen Straftaten mit zum Teil erheblicher Bedeutung“ im Umfeld des zuvor geräumten Hauses Liebigstraße 14 gerechtfertigt worden.

In der Nacht zu Montag hat es in dem linken Szenobjekt „L34“ (für Liebigstraße 34) gebrannt. Die Flammen fraßen sich in der Durchfahrt zum Hinterhof bis in die Decke der ersten Etage durch. Die Feuerwehr hatte den gegen vier Uhr entdeckten Brand nach 10 Minuten unter Kontrolle. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, allerdings nicht aus politischen Motiven. In der linken Szene wurde dagegen über einen Anschlag durch Neonazis spekuliert. Im September waren 40 Rechtsextremisten Parolen skandierend durch die Rigaer Straße gezogen. JÖRN HASSELMANN